

Bezugspreis: Vierteljährlich 30.- M., monatlich 10.- M. frei ins Haus, voraus zahlbar. Postbezugs: Monatlich 10.- M. einschließlich Zustellungsgebühr. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich 18,50 M. für das übrige Ausland bei täglich einmal Zustellung 21,50 M. Postbestellungen nehmen an Österreich, Ungarn, Tschechoslowakei, Dänemark, Holland, England, Schweden und die Schweiz. - Eingetragene in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Der 'Vorwärts' mit der Sonntagsbeilage 'Welt und Zeit' und der Unterhaltungsbeilage 'Heimwelt' erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: Sozialdemokrat Berlin.

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis: Die achtspaltige Kompatibelzeile kostet 5,50 M. 'Kleine Anzeigen' das fertige Wort 1,50 M. (unabhängig von fertigebrachte Worte). Jedes weitere Wort 1.- M. Stellenanzeige und Schlußzeilenanzeigen das erste Wort 1.- M. jedes weitere Wort 50 Hg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familien-Anzeigen für Abonnenten Zeile 1.- M. Die Preise verstehen sich einschließlich Steuerzuschlag. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 6 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft Berlin SW 8 Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 6 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3  
Fernsprecher: Amt Moruplan, Nr. 15190-15197

Donnerstag, den 17. März 1921

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3  
Fernsprecher: Amt Moruplan, Nr. 11753-54

## Der Wiedergutmachungszoll.

London, 17. März. (Reuter.) Die Reparationsbill ist in der Ausschussberatung des Unterhauses ohne wesentliche Veränderung angenommen worden.

London, 17. März. (G.E.) Im englischen Unterhause machte sich gestern bei der Beratung des Gesetzes über die 50 praz. Abgabe eine lebhaftige Diskussion bemerkbar. Die Liberalen und die Arbeiter erklärten, daß sie dem Gesetze nur zugestimmt hätten, weil sie annahmen, daß auch die übrigen Alliierten gleichzeitig ein ähnliches Gesetz einbringen würden. Heute mußte man aber feststellen, daß nur Großbritannien einen derartigen Gesetzentwurf zur Beratung vorgelegt habe. Es scheint, daß man mit diesem Gesetz in England keine andere Absicht verfolge, als einen Schutzzoll gegen die deutsche Einfuhr zu erlangen. Lloyd George griff in die Debatte ein und sagte, daß die Alliierten auf dem Standpunkt sich befänden, daß Zwangsmassnahmen gegen Deutschland ausgeübt werden müßten. Dr. Simons hat geäußert, daß es für Frankreich vorteilhaft wäre, in Form von Lieferung von Rohmaterialien und Herstellung von Arbeitern die Wiedergutmachung wirksam zu machen. Lloyd George gab der Hoffnung Ausdruck, daß Frankreich, wenn man ihm ein derartiges ernsthaftes Angebot vorlegen würde, nicht von vornherein ablehnen werde. Großbritannien jedoch könne nur durch Geld entschädigt werden. Es hat kein Bedürfnis nach deutschen Rohmaterialien und nach deutscher Arbeitsleistung.

Paris, 17. März. (WIB.) Die Regierung hat gestern in der Kammer den Gesetzentwurf über die Erhebung der fünfzigprozentigen Abgabe vom Verkaufswert der deutschen Waren, die nach Frankreich eingeführt werden, eingebracht.

### Vor dem 23. März 1 Milliarde!

Aus der Note des Reparationsausschusses an die deutsche Regierung, die jetzt im Wortlaut vorliegt, ist hervorzuheben: Vor dem 1. Mai 1921 sind für den ungedeckten Teil der 20 Milliarden Goldmark des Artikels 235, d. h. mindestens 12 Milliarden, sei es in Gold, sei es in fremden Devisen nach dem Kurs des Dollars am Tage der Regulierung zu zahlen.

Vor dem 23. März 1921, ein Termin, welcher strikt innezuhalten ist, muß die deutsche Regierung eine erste Zahlung von einer Milliarde Goldmark in Anrechnung auf die geschuldeten zwölf reichlichen Milliarden machen.

Bevor die Kommission festsetzt, zu welchem Zeitpunkt und auf welche Weise die weiteren Zahlungen zu entrichten sind, welche es Deutschland ermöglichen sollen, sich des Mehrbetrages seiner Verpflichtungen zu entledigen, wird die Kommission damit einverstanden sein, alle Vorschläge zu erwägen, welche ihr spätestens vor dem 1. April 1921 durch die deutsche Regierung unterbreitet werden, um einen Teil des Goldes und der fremden Devisen durch Lieferung von Waren oder Uebertragung fremder oder deutscher Wertpapiere zu ersetzen.

In derselben Frist könnte die deutsche Regierung, um die Entledigung des Restes ihrer Schuld auf Grund des Artikels 235 zu ermöglichen, der Reparationskommission Vorschläge auf Uebernahme einer größeren Anleihe, deren Ertrag der Kommission zuzuführen wäre, unterbreiten.

WIB bemerkt dazu: Bekanntlich steht die deutsche Regierung auf dem Standpunkt, daß die 20 Milliarden bereits gezahlt sind. Sollte nach ein Fehlbetrag vorliegen, so würde das lediglich die Zahlungspflicht Deutschlands nach dem 1. Mai 1921 erhöhen. Die nicht eingelösten unverzinslichen Schatzanweisungen wären in verzinsliche umzutauschen (§ 12 Zusatz 1 der Anlage II zu Artikel 244 des Vertrages). Der demgegenüber in der Note der Reparationskommission vom 15. März eingenommene Standpunkt ist auch wirtschaftlich unverständlich. Die plötzliche Entziehung eines sehr erheblichen Teiles der Deutschland noch zur Verfügung stehenden internationalen Zahlungsmittel würde die von den Unteralliierten noch in London angeblich angestrebte endgültige Regelung einer geordneten Abtragung der deutschen Reparationspflichten völlig unmöglich machen. Sollte hinter dem angedrohten Schweregespenst der plötzlichen Zahlung von 1 bis 12 Milliarden Gold, also bis über 150 Milliarden Papier, die Absicht stehen, uns die Pariser Beschlüsse nachträglich schmachtender zu machen, so können wir in aller Ruhe darauf hinweisen, daß diese Beschlüsse diese Frage völlig offen lassen. Anscheinend bezweckt man, eine nachträgliche Begründung der Londoner Zwangsmassnahmen zu schaffen, die das allerdings bitter nötig haben. Hoff wie eine Ironie mutet es an, daß zum Schluß der eben in London von der Hand gewiesene Gedanke der Anleihe von der Reparationskommission aufgenommen ist. Als ob die Anleihe nach Verhängung der Zwangsmassnahmen größere Aussichten hätte! Wie wir erfahren, wird die Beantwortung der Note alsbald erfolgen.

### Briands Kammerrede.

Paris, 17. März. (WIB.) Ministerpräsident Briand erklärte in der Kammer weiter, was die Erhebung von 50 Proz. von dem Verkaufswert der deutschen Einfuhr betrifft, so sei er überzeugt, daß dabei Schwierigkeiten und Beiräugerien eintreten

würden. Aber jede Nation habe das Recht, die Höhe der Abgabe zu bestimmen und der Gedanke einer Zollgrenze zwischen Deutschland und den Rheinländern sei nicht mit dem Hintergedanken ergiffen worden, den man Frankreich zuschrieb. Er bedaure, daß der Abgeordnete Kurios politische Bedenken habe. Deutschland gegenüber müsse man einzig bleiben. Man dürfe sich nicht mit Neben begnügen. Es würde immer der Augenblick kommen, in dem von Zwangsmassnahmen Gebrauch gemacht werden müsse. Briand erklärte, es sei nicht richtig, daß Deutschland nur zahlen könne durch den Ruhen, den es durch die Einfuhr erziele. Deutschland habe unterzeichnet, es müsse bezahlen, nicht nur durch die erzielten Gewinne, sondern mit seinen gesamten Mitteln. Man habe das Recht, sich an die betreffenden Männer der deutschen Industrie, des deutschen Handels und der deutschen Finanzen zu wenden und ihnen zu sagen: Durch den Vertrag, den ihr unterzeichnet habt, habt ihr euch mit eurem gesamten Vermögen verpflichtet. Ihr sprecht von auswärtigen Ansehen, aber ihr habt andere Zwangsmittel, die Bergwerke, die Eisenbahnen, die Domänen. Ihr müßt alle eure Zahlungsmittel mobilisieren. (!)

Alle Einnahmequellen Deutschlands müssen herangezogen werden. Briand sprach dann seine Freude darüber aus, daß die Verbündeten die Notwendigkeit eingesehen hätten, eine energische Tat zu vollbringen, damit Deutschland keine wahre Lage verstehe. Aber er wolle doch erklären, daß die Franzosen nicht den Gedanken des Hasses und den Gedanken der Rappresailles gehabt hätten, als ihre Soldaten vorgegangen seien. Man habe nur eine Gerechtigkeitssache durchzuführen (!) durchgeführt, aber keine Kriegshandlung. Der Gedanke einer Zusammenarbeit mit Deutschland, den der Abg. Hennesse habe, werde von den befreiten Gebieten zurückgewiesen. Briand gab von dem Beschluß der Reparationskommission Kenntnis. Deutschland mitteilen, daß es den Rest von 12 Milliarden den es auf die 20 Milliarden Goldmark schuldig sei, bezahlen müsse. Die Regierung wolle in vollkommener Uebereinstimmung mit dem Parlament arbeiten. Die Kommission würde über alle Einzelheiten, die veröffentlicht werden könnten, auf dem Laufenden gehalten. England habe erkannt, daß Frankreichs Lage sich geändert habe.

Schließlich besprach Briand noch die Orientfrage und sagte zum Schluß, er verlange von der Kammer, daß sie klar zum Ausdruck bringe, ob er ihr volles Vertrauen besitze. Die Fragen der äußeren Politik müßten ohne Ansehen der Person und ohne Rücksicht auf die innere Politik geregelt werden. Briand wurde von seinen Freunden begrüßt. Nach einer kurzen Unterbrechung ergriff der Abg. Mandel, der ehemalige Kabinettschef von Clemenceau, das Wort. Er verurteilte die auswärtige Politik des Ministers, der Deutschland noch nicht die lächerliche Ausführung des Friedensvertrages von Versailles aufgezogen habe. Man müsse die für den Wiederaufbau der befreiten Gebiete notwendigen Materialien Deutschland, vielleicht auch den befreiten Städten Kriegskontributionen auferlegen. (!) Der Ministerpräsident habe selbst gesagt, die Kammer könne frei wählen. Er werde deshalb dem Ministerium nicht sein Vertrauen aussprechen. Hierauf wurde nach 7 Uhr abends die weitere Beratung auf Donnerstag nachmittags vertagt.

### Die Schweiz und die Sanktionen.

Bern, 17. März. (WIB.) Wie der 'Bund' erfährt, hat die britische Gesandtschaft dem Bundesrat eine Note mit der Mitteilung über das Inkrafttreten der Deutschland auferlegten Zwangsmassnahmen überreicht. Nach dieser Note hat der Importeur alle gewünschten Einzelheiten beizubringen, damit das Ursprungsland bzw. der Charakter der Waren festgestellt werden kann. Gelingt dieses nicht zur Zufriedenheit, so gilt die Ware alsbald als in Deutschland hergestellt. Wie das Blatt berichtet, herrscht noch keine Klarheit darüber, welche Massnahmen die englische Regierung hinsichtlich der Feststellung des Ursprunges und des Charakters der Waren ergreifen wird. Es ist aber möglich, daß Ursprungszeugnisse gefordert werden.

### Der Aufstand in Rußland.

Kopenhagen, 17. März. (WIB.) Wie der Zeitung 'Politiken' aus Helsingfors telegraphiert wird, befindet es sich, daß in Petersburg die ganze Arbeiterschaft zu den Kronstädter Revolutionären hält und daß auch das Heer in Petersburg nicht mehr zuverlässig ist. Das 561. Regiment in Krasnoja Gorka ist zu den Revolutionären übergetreten. Vorgesetzten abend fand wieder ein heftiger Artilleriekampf zwischen Kronstadt und Krasnoja Gorka und Draniensbaum andererseits statt.

Die Berliner Vertretung der Sowjet-Regierung erhielt am 16. d. M. vom Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Tschischerin eine Mitteilung, welche feststellt, daß in Moskau und Petersburg wie früher vollkommene Ruhe herrscht. Die Nachrichten von den Kuffänden in Pskow, Drel, Minsk, Kurl und anderen Städten entsprechen nicht der Wahrheit. Bei der Kronstädter Bewegung zieht man eine friedliche, wenn auch langsamere Liquidation vor, um irgendwelche Zerstörungen zu vermeiden.

Inwiefern dieses Dementi mit den Tatsachen übereinstimmt, läßt sich nicht feststellen. Jedenfalls ist das Vorgehen der Sowjet-Regierung nach den vorliegenden zuverlässigen Nachrichten alles andere als friedlich.

## Die Kohlensteuer.

Von Nikolaus Osterroth.

Dem Reichstag liegt ein Gesetzentwurf vor, der die Gültigkeitsdauer des Kohlensteuergesetzes vom 8. April 1917 bis zum 30. September 1921 verlängern will. Es ist sehr verwunderlich, daß die Parteien, die mit den Industriekreisen Fühlung halten, ihr zustimmen wollen.

Die Kohlensteuer ist eine von den Steuerweisheiten des Herrn Helfferich, die dazu dienen sollte, den Krieg zu finanzieren und die besitzende Klasse vor direkten Steuern zu bewahren. Die Wirkung der Kohlensteuer war vom ersten Augenblick an katastrophal. Sie trieb die Kohlenpreise, die damals allerdings noch verhältnismäßig niedrig waren, um ein Fünftel in die Höhe. Die Selbstkosten der gesamten Industrie aber wurden durch diese Helfferichsche Glanzleistung um gleich höher gestaltet. Es ist kein Zufall, daß mit der Einführung der Kohlensteuer der Beginn einer wahnwitzigen Preissteigerung auf der einen und der Geldentwertung auf der anderen Seite einsetzte. Eine ungeheure Welle von Lohnbewegungen war die natürliche Folge.

Seitdem ist die Wirkung der Kohlensteuer nur noch verhängnisvoller geworden. Heute lasten auf jeder Tonne Steinkohle über 50 Mark infolge der Kohlensteuer. Die Rohbraunkohle wird mit 12 bis 15 M. durch die Kohlensteuer belastet. Der ganze Bahnsinn der Kohlensteuer wird einem erst so recht sinnfällig, wenn man sich erinnert, daß die Tonne Rohbraunkohle ab Wert 1915 noch 2,80 M. kostete. Die heutige Kohlensteuer ist also um das Drei- bis Fünffache höher als die Tonne Kohle 1915 überhaupt kostete. Der Gesamtwert unserer Kohlenförderung betrug 1913 etwa 3 Milliarden Mark. Der Ertrag der Kohlensteuer für das laufende Steuerjahr wird mit 4,5 Milliarden Mark angenommen.

Es gibt keine lähmendere Massnahme für unsere gesamte Wirtschaft als die Kohlensteuer, die in den nächsten Monaten für uns geradezu katastrophal zu werden droht. Der Finanzminister jammert darüber, daß er den Ausfall der Kohlensteuer nicht ertragen könne, aber die Wirkung der Kohlensteuer ist, daß er über 8 Milliarden Mark für Lebensmittelerbilligung zahlen muß, daß die Eisenbahn nicht zuletzt durch die Wirkung der Kohlensteuer ein ungeheures Defizit aufweist. Solange eine Weltkohlennot bestand und die Kohlenpreise auf dem Weltmarkt eine steigende Tendenz hatten, konnte man sich zur Not mit der Kohlensteuer noch abfinden. Seit 3 Monaten aber erleben wir in allen anderen Kohlenbergbau treibenden Ländern einen rapiden Rückgang der Kohlenpreise, der ohne Zweifel weitere Fortschritte macht. Die Industrien der übrigen Länder werden durch die Preisentwertung auf den übrigen Märkten wesentlich befreit, weil sie allmählich zu niedrigeren Selbstkosten kommen. Die 'Sanktionen' der Entente vertreiben uns von den Märkten der Alliierten. Wir sind gezwungen, dafür einen Ersatz auf den Märkten der Neutralen zu suchen. Dort werden uns aber die verbilligten Kohlen der Ententeländer und sogar unserer eigenen Reparationskohle eine erfolgreiche Konkurrenz machen. Wir stehen also vor der bedrohlichen Situation, daß uns die Kohlensteuer in kurzer Zeit vom Weltmarkt überhaupt abriegelt.

Die Aufhebung der Kohlensteuer würde unserem Wirtschaftsleben einen neuen Impuls geben. Sie würde die Selbstkosten aller Industriezweige und vor allem auch in der Landwirtschaft die von dem Kohlenpreis viel abhängiger ist, als man annimmt (Ammoniak, Kali, Thomaschlacken usw.) in der wohlthätigsten Weise beeinflussen. Sie müßte auf unsere Baluta ohne Zweifel eine besseernde Wirkung ausüben und sie würde vor allem neue erschütternde Lohnkämpfe überflüssig machen. Die Formel: 'Preisabbau, Verringerung der Selbstkosten', hat die schleunigste Aufhebung der Kohlensteuer zur Voraussetzung. Das Voch im Säckel des Reichsfinanzministers wird durch die Aufhebung der Kohlensteuer sich ganz von selbst schließen, wie die Wunde sich schließt, wenn man den Fremdkörper herauszieht.

Man könnte noch einwenden, daß durch die Aufhebung der Kohlensteuer auch der Entente ein Geschenk gemacht werde, da uns nach dem Friedensvertrag für unsere Kohlenlieferungen nur der deutsche Inlandspreis angerechnet bzw. auf Reparationskonto gutgeschrieben wird. Der Einwand kann nicht entscheidend sein. Heute schon werden deutsche Reparationskohlen in Holland unter dem deutschen Inlandspreis offeriert und zwischen uns und der Entente ist noch so viel zu berechnen und zu berichtigten, daß man auch über diese Frage nicht zu stolpern braucht. Wir können nicht aus Rücksicht auf unsere Kohlenlieferungen und die Zahl, die man uns dort gut schreibt, unsere Produktionsfähigkeit und unsere Absatzmöglichkeiten unterbinden und wir dürfen einen kleinen Vorteil nicht mit ungeheuren Nachteilen bezahlen.

## Die „Klufcha“.

Der große russische Dichter Dostojewsky schildert in den Anfängen seines Nervenromans: „Die Brüder Karamasoff“ die Figur einer „Klufcha“ (zu deutsch: Kuserin). Darunter versteht man in Rußland eine Frau, die von Zeit zu Zeit hysterische Anfälle bekommt und dann wilde, sinnlose Schreie ausstößt. Unter mostowitschem Einfluß hat sich die „rote Fahne“ offenbar in eine Klufcha verwandelt. Von Zeit zu Zeit muß sie ein wahnsinniges Gekreisch erheben, ohne daß man irgendeinen zureichenden Grund entdeckt. Heute ist wieder einmal ein Tobsuchtsanfall der roten Klufcha fällig. Ein Erlaß des Oberpräsidenten Hörsting zum Schutz des mitteldeutschen Industriegebiets hat es ihr angetan. In den nächsten Tagen wird das Polizeiaufgebot im Regierungsbezirk Merseburg wegen der dortigen unhaltbaren Zustände verstärkt. In der öffentlichen Begründung des Oberpräsidenten heißt es:

Wilde Streiks, Raub und Plünderungen werden von Banden, Einzeidiebstahle, Terror, Sachbeschädigungen, Erpressungen und Körperverletzungen in der letzten Zeit abgelöst. Der Bandwirtschaf des Industriegebiets werden ungeheure Schäden durch Branddiebstahle und Einzeidiebstahle zugefügt. Dieselben Verhältnisse wie in der Landwirtschaft treffen wir auch in der Industrie an. Ungeheure Diebstahle an Holz, Kohlen, Silber, Kupfer, Eisen und sonstigen wertvollen Materialien, die in die vielen Millionen gehen, finden von Tag zu Tag statt. Demonstrationen ohne Ziel und Zweck werden veranstaltet, und schließlich erpressen bewaffnete Banden von Unternehmern die Zahlung der Lohnzahlung für die Zeit der Nichtarbeit. Bei jedem wilden Streik werden die vernünftigen Arbeiter mit Knüppeln und Waffen terrorisiert und von der Arbeit ferngehalten. Diese und zahlreiche andere an Wahnsinn grenzenden Taten werden dadurch gefördert, daß man die gefehlischen, von der Arbeiterschaft gewählten Betriebsräte verhöhnt, absetzt und durch sogenannte Aktionsausschüsse ersetzt. In allen Orten des Industriegebiets, die ich besucht habe, von Heitstede bis Weihenfels, haben nicht nur rechtsstehende Leute, sondern ganz linksstehende Arbeiter erklärt, dieses Treiben sei ein Werk der kommunistischen Parteien. Ich habe diese Auffassung stets bestärkt. Es ist nicht die kommunistische Partei als solche, sondern es sind internationale Verbrecher, vielleicht sogar Spitzel und Provokateure, die sich als Kommunisten hinstellen. Daher habe ich befohlen, daß in den nächsten Tagen starke Polizeikräfte nach vielen Orten des Industriegebietes geschickt werden, die die obigen Aufgaben zu erfüllen haben.

Obwohl der Ausruf ausdrücklich feststellt, daß sich die Aktion nicht gegen eine politische Partei, auch nicht gegen die Kommunisten richtet, sondern zum Teil gegen gemeine Verbrecher, zum Teil gegen unverantwortliche Agenten und Provokateure, macht die „rote Fahne“ sofort das Gegenteil daraus. Ihre Sympathie mit Spitzeln und Provokateuren scheint unerschütterlich zu sein. Und nun geht das hysterische Gekreisch der roten Klufcha los: „Die Konterrevolution schlägt zu! Das Blutregiment der Orgeß wird ausgerichtet! Der Rechtssozialist Hörsting wird von der Orgeß geschoben!“ usw. usw.

Hörsting, den bestgehähten Mann der Orgeß, als „von der Orgeß geschoben“ zu bezeichnen, dazu gehört schon eine Portion Dummdreistigkeit ohne Gleichen! Freilich, in dem Gewimmel der Lügen, die dann folgen, spielt eine mehr oder weniger kleine Rolle. Wird doch von Hörsting, der die Spitzelzentrale in Magdeburg ausräumte, dann weiter erklärt, ihm sei „das Herz in die Hosen gefallen“, als durch die „zufällige“ (!) Entdeckung der Spitzelzentrale der Sumpf der Gegenrevolution aufgedeckt wurde. Wird doch die Sozialdemokratie beschuldigt, „durch die Bildung der nationalen Einheitsfront mit der Bourgeoisie das Proletariat verraten zu haben“, obwohl doch selbst ein durch täglichen Genuß der roten Klufcha verblödeter Kommunist wissen könnte, daß die Sozialdemokratie diese „nationale Einheitsfront“ zu bilden abgelehnt hat! Das weitere Gekreisch verdient aber ausführliche Wiedergabe. Es lautet:

## Der Schwert-Orden.

Von Max Ed. Troll

So ein Ordensbändchen mit einem Lombardgebimmel daran war doch etwas Herrliches im alten Obrigkeitstaate. Es gab Menschen, die über so ein Ding ein Leben machten, als wenn man für ein solches Klingeling sich die halbe Welt hätte kaufen können.

Ueber das Proklamant in Dingoda war an einem militärisch hohen Feiertage ein gewaltiger Ordensregen herniedergeprasselt in Gestalt des Wilhelmkreuzes mit Schwertern am gelbschwarzen Bande.

Ran denke . . . mit Schwertern.  
Dgottogottogottogottogott . . .  
Wie nett.  
600 Kilometer hinter der Front . . . mit Schwertern.  
Und wer alles das Kreuz bekommen hatte.

Der Herr Rechnungsrat als Vorstand des Amtes, der Herr Inspektor Meyer als Kontrollführer, der Herr Mühlmeister Schulze, weil er den preußischen Roggen gut vermahlen, der Herr Badmeister Schmidt, weil er Soldatenbrot und den Soldatenzweiback nicht allzu oft hatte anbrennen lassen, der Herr Oberaufseher Klein, weil er jeden Tag einmal durch die Magazine ging und den Garten beim Amt Sportgerecht mit dem Schlauch besprengte — trotz seines Eigengewichts von über 3 Zentner — und nicht zuletzt der Herr Bureaudienster Federhalter, weil er Zeit seines Lebens und seines Unterbeamtensohns — auch während des Krieges — nichts anderes getan hatte, als Akten heffelt.

Ich bitte Sie . . . schlagen Sie das Aktenheften nicht gering an. Das will gelernt sein. Schon das Radefinfädeln. Und die Akten in einen blauen Deckel legen und kunstgerecht heften.  
Bei solcher Tätigkeit gehört ein Orden ins Knopfloch.  
Und einer mit Schwertern sogar.

Als die Orden ankamen, gab's eine kleine Revolution im Amt. Aber nur eine stille, wie sich für deutsche Militärbeamten alt-kaiserlichen Schlags gehörte.  
Eine, die über ein paar Kräftausdrücke und häßliche Konditionen nicht hinausging.

Revolutionäre waren natürlich die, die kein Wilhelmkreuz mit Schwertern erhalten hatten . . . als da waren: Die Herren Inspektoren Kadiergummi und Tintenkleck, der Ruffeher Schlot und der Bureaudienster Aufwusch.

Sie spielten die undankbare Rolle der getränkten Beberwurfs. Daß aber auch sie verarscht werden konnten.

Bochast meinte der Bureaudienster Aufwusch zum Inspektor

Die schwere Faust der Arbeiterschaft muß die Banditen der Gegenrevolution und ihre sozialverräterischen Henkersknechte treffen. Die einmütige Aktion der Arbeiterschaft muß diesen neuen Anschlag zunichte machen.

Das Proletariat muß aus seiner Passivität heraustreten. Es genügt nicht, in Demonstrationen den Kampf kundzugeben. Nur der unmittelbare Kampf der proletarischen Massen gegen alle Erscheinungen der Gegenrevolution kann ihre verbrecherischen Absichten vereiteln.

Die Passivität des Proletariats in der letzten Krise hat die Gegenrevolution kühn gemacht. Sie kündigt den weißen Terror an. Das Proletariat muß die anmarschierenden Banden zerschmettern.

Bei diesen Sätzen muß man sich sehr ernsthaft fragen: Soll man sie auch nur als hysterische Geschrei eines Unzurechnungsfähigen werten, oder als bewußte Provokation eines in der „Roten Fahne“ tätigen reaktionären Spitzels? Ist man sich in der „Roten Fahne“ über die Folgen solcher Kampfauftrufe klar und will man die Verantwortung dafür übernehmen? Wir sind der Ansicht, daß mit diesem irrsinnigen Geschrei allein der Reaktion Vorschub geleistet wird.

## Die belgischen Sozialisten.

Ueber die Beschlüsse des Nationalrates der belgischen Sozialistenpartei zu der Londoner Konferenz sind am gestrigen Tage durch WTB zwei widerspruchsvolle Meldungen verbreitet worden.

Aus der ersten konnte ein verklausulierter Protest herausgelesen werden, während die zweite ausdrücklich von einer Billigung der Haltung der belgischen Delegierten sprach.

Nach dem inzwischen hier eingetroffenen Brüsseler „Peuple“ vom 16. März kann es gar nicht mehr zweifelhaft sein, daß die zweite Meldung ein glatter Schwindel war. Aus dem Bericht des Blattes über die Sitzung des Nationalrates entnehmen wir folgende Stelle, die sich auf London bezieht:

„Die Versammlung tritt sodann in eine wichtige Debatte über die durch die Alliierten gegen Deutschland getroffenen Sanktionen und ihre Folgen für die internationale politische Situation.

Die Genossen Piéard, de Brouckere, Vandervelde, Trochet, Mathieu, Bauwens, Jacquemotte und Hunsmans haben an der Diskussion teilgenommen, die mit folgender Resolution abgeschlossen wurde:

„Der Nationalrat der belgischen Arbeiterpartei unterläßt die internationale Lage, die durch die Verschlagung der Londoner Verhandlungen und durch die Besetzung der Ruhrkohlenhöfen geschaffen worden ist.

Er beauftragte die Vertreter der Partei im Parlament von der Regierung offene und vollständige Aufklärung über die wirkliche militärische Stärke Deutschlands zu verlangen und die Regierung aufzufordern, im Einverständnis mit den Alliierten, bezüglich der Wiedergutmachungen eine Politik zu verfolgen, die dahinzielt, daß ein Abkommen getroffen werde, das eine Globallösung festsetzt (arrangement forfaitaire), ähnlich wie das auf der Boulogner Konferenz vorgeschlagen.

Der Nationalrat will hoffen, daß die alliierten Regierungen die erste sich bietende Gelegenheit ergreifen werden, die Verhandlungen wiederaufzunehmen, während die Berliner Regierung zu einer gesunden Auffassung der Lage und der Verantwortlichkeiten Deutschlands zurückkehren sollte.

Der Nationalrat erklärt sich fest entschlossen, jede Politik militärischer Abenteuer und Plündererregung zu verhindern.

Diese Resolution ist offenbar nicht einstimmig angenommen worden, denn der Bericht des „Peuple“ verzeichnet zwar Einstimmigkeit bei anderen in derselben Sitzung angenommenen Resolutionen, bei dieser aber nicht. Sie stellt übrigens ein offenes Kompromiß zwischen zwei Tendenzen dar, zwischen der offiziös-nationalistischen und der oppositionell-internationalistischen, die nach der obigen Rednerliste etwa gleichmäßig in der Debatte vertreten waren. An diesem Beschluß kann jeder herauslesen, was ihm besser paßt. Denn, wenn die belgische Regierung darin aufgefordert wird,

die Lösung des Wiedergutmachungsproblems nur im Einvernehmen mit den Herren Briand und Lloyd George zu suchen, so ist der ganze Protest ein Schlag ins Wasser. Hat doch gestern noch Briand von neuem erklärt, daß die 228 Milliarden Goldmark die äußerste Grenze des französischen Entgegenkommens bilden! Die Resolution enthält weder eine direkte Kritik der wahnwichtigen Pariser Beschlüsse, noch eine klare Feststellung der Tatsache, daß die Sanktionen einen Bruch des Vertrages bedeuten.

Auch sonst haben wir von unseren ganz präzise formulierten Vorwürfen gegen die Haltung der belgischen Partei in der letzten Zeit nicht ein Wort zurückzunehmen. Aber es war unsere Pflicht, die z. B. von der „Roten Fahne“ mit Jubel aufgegriffene Falschmeldung des WTB über eine Billigung der Haltung der belgischen Vertreter in London durch den belgischen Parteiausflug an der Hand eines authentischen Textes sobald wie überhaupt möglich zu widerlegen.

## Gegen die Gewalt!

Paris, 17. März. (WTB.) „Le Peuple“ meldet, daß der Internationale Gewerkschaftsbund am 14. März in Amsterdam eine Versammlung abhielt. Die Hauptfrage auf der Tagesordnung war die internationale Lage, die durch das WTB von der Londoner Konferenz geschaffen worden ist. Es wurde eine Entschliessung angenommen, die den Oberleitungen in den dem Verbande angehörenden Ländern mitgeteilt werden soll. In dieser Entschliessung erklärt sich der Internationale Gewerkschaftsverband von der Berechtigung der Reparation und der Notwendigkeit des Wiederaufbaues der zerstörten Gebiete überzeugt, aber er erklärt auch, daß diese Erfolge nur durch ein Zusammenwirken der Arbeiter aller beteiligten Länder errungen werden können.

Die Entschliessung des Internationalen Gewerkschaftsverbandes wird durch eine Erklärung der deutschen Arbeiterverbände vervollständigt, die mit den Unterschriften der Arbeitervertreter Grafmann und Hue versehen ist. Die Unterzeichner geben namentlich ihrer Meinung Ausdruck, daß eine rasche Reparation der durch den Krieg verursachten Schäden eine der dringlichsten Aufgaben ist, die der zivilisierten Welt in ihrer Gesamtheit zufällt. In allererster Linie muß an den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete Nordfrankreichs und Belgiens herangegangen werden. Die Erklärung schließt: Es besteht kein Zweifel, daß unsere deutschen Gewerkschaften zwecks rascherer Ausführung der Wiederaufbauarbeiten allen ihren Einfluß auf die wichtigsten beteiligten Arbeiterkreise ausüben werden.

Wie der „Peuple“ weiter meldet, wurde in der Entschliessung des Internationalen Gewerkschaftsbundes in Amsterdam noch gegen die Zwangsmassnahmen, namentlich gegen die Anwendung militärischer Gewalt, Einspruch erhoben und versichert, daß ein Einverständnis zwischen den verschiedenen Ländern zum Aufbau der Ruinen erzielt werden könne, denn der Wille der Deutschen zur Reparation sei vorhanden. Schließlich wurde eine unparteiische Untersuchung vorgeschlagen. Wenn nötig, solle man eine schiedsgerichtliche Entscheidung herbeiführen.

## Besetzung von München!

London, 17. März. (WTB.) „Daily Mail“ berichtet: Die Nationalisten haben im Unterhaus einen Antrag auf Besetzung von München und auf den abendlichen Einmarsch in Bayern gestellt, falls die bayerische Regierung die Auflösung der Einwohnerwehr verweigere. Bonar Law erklärte namens der Regierung, daß die bayerische Widerpenstigkeit neue Sanktionen der Alliierten erforderlich mache, über deren Art und Weise Verhandlungen schweben.

Deutschnationale Parlamentssabotage. Im Laufe der gestrigen Sitzung der Waldeck-Pyrmonter Landesvertretung in Krossen wurde laut „Waldeckischer Zeitung“ der Antrag der Deutschnationalen Volkspartei auf Auflösung des Parlamentes mit der Wehrheit der Linken abgelehnt. Die Abgeordneten der Deutschnationalen Volkspartei verließen darauf den Sitzungssaal, wodurch das Haus beschlußunfähig wurde.

Tintenkleck, am Kreuz seines Kollegen Federhalter sollten zweckmäßiger an Stelle der Schwerter zwei gekreuzte Hestnadeln befestigt sein.

Inspektor Tintenkleck aber erwiderte prompt, beim Herrn Rechnungsrat hätten es auch zwei gekreuzte Rosspfeile getan.

Aber schließlich war Herr Inspektor Tintenkleck doch der erste, der dem Herrn Rechnungsrat für die neue „hohe“ Auszeichnung mit lebenswichtigster Miene glückwünschend die Hand schüttelte.

Und der Bureaudienster Aufwusch hätte doch bedenken sollen, daß das Wilhelmkreuz mit Schwertern eine Auszeichnung war, der ein Militärbeamter in der alten, monarchistischen Zeit — ob oberer oder unterer — nur durch frühzeitiges Ableben, durch rechtzeitigen Selbstmord oder nur dadurch entgehen konnte, daß er singeljähriges Mitglied der Sozialdemokratischen Partei wurde.

Aus Thüringens ältester Geschichte. Neue Mitteilungen über die germanische Frühzeit und die Kunstgeschichte der Völkerwanderung machte Prof. Göhe in einem Vortrag, der das alte thüringische Königreich und seine Hauptstadt Weimar behandelte und dessen Inhalt im „Kunstwanderer“ wiedergegeben wird. Aus einem altgermanischen Friedhof in der Nähe des Weimarer Hauptbahnhofes sind zahlreiche Funde gemacht worden, die sich mit wichtigen geschichtlichen Vorgängen in Verbindung bringen lassen. Das Weimarer Beerdingungsfeld war augenscheinlich ein Friedhof des Fürstentums der Thüringer. Ein silberner Rüssel von römischer Form, der die Inschrift „Wesnae“ zeigt, gehörte der Thüringerkönigin Wesna, die ihren Gemahl Wisno verließ, um dem Frankenkönig Childerich zu folgen; sie wurde Childerichs zweite Gemahlin und die Mutter Chlodowechs. Unter den Schmuckstücken zeichnen sich eine Reihe hervorragender silberner und goldener Fibeln mit Almandin-Besatz und Adlertöpfen aus, die nach Göhe ostgotischer Herkunft sind. Auch diese Funde lassen sich wieder mit geschichtlichen Ereignissen verknüpfen, denn die Thüringer schlossen im 500. um der wachsenden Macht der Franken zu widerstehen, ein Bündnis mit dem Ostgotenkönig Theoderich, und die Tochter des großen Oten Amalaberg heiratete den Thüringerkönig Hermantfried, der 531 den Franken erlag. Aus den Funden geht hervor, daß die thüringische Kultur auch in den beiden Jahrhunderten nach dem Untergang des selbständigen Königstums noch unberührt blieb von der fränkisch-germanischen Bildung.

„Die Welt ist krank.“ In Bochum kam Herbert Eulenburgs neues „Stück von heute“, das sich „Die Welt ist krank“ betitelt, zur Uraufführung. Ueber seine bisherigen Taten ist Eulenburg auch hier nicht hinausgekommen. Wie im „Ritter Blaubart“ oder „Belinde“ u. a. passiert auch diesmal vielerlei — es geschehen wieder eine Anzahl Selbstmorde — es wird auch viel und manchmal Gutes mit Geist gewürzt geredet und zwischendurch spürt man einen Wedelischen Zug. Der 1. Akt ist packend und auch einiges des dritten, so wenn der Kerosenarzt, der seinem Liebes-

tranken (von dem das Stück handelt) helfen wollte, selber an der Liebe krank geworden, Gift nimmt. — An sich ein Werk, das nicht geschaffen ist zum Ständertreiben. — Aber vor dem Theater verteilte die junge Garde des antisemitischen Schup- und Truhbundes öde und schimpfende Flugblätter gegen den Kriegsgegner (!) Herbert Eulenburg, und im Theater piffen und brüllten nach Schluß des Stückes etwa 10 Bürschchen, wofür die anderen im Haus um so demonstrativer Beifall klatschten. So ward der Abend zu einem vollen Erfolg des Dichters, der Darsteller (Walter Kottentamp als Arzt war vortrefflich) und des Spielleiters Dr. E. Schmitt. Bemerkenswert ist, daß auch Mitglieder der städtischen Theaterkommission (!) sich protestierend an die Leitung des Stadttheaters wegen des „unwürdigen Stückes“ gewandt hatten und auch während der Aufführung mit ihren Mißfallsbekundungen nicht zurückblieben. Vorwas man erweisen mag, wie in Bochum behördlicherseits die Kunst geführt wird.

Kunstausstellung in Stuttgart. Die Allgemeine Deutsche Kunstgenossenschaft veranstaltet von Mai bis August im Stuttgarter Kunstgebäude am Schloßplatz eine Deutsche Kunstausstellung. Gemälde, Plastik und Graphik werden vertreten sein. Die Auswahl befragt ein Ausschuss, dem in Berlin angehörend: Meia Cohn-Hendel, Prof. Dr. A. Dettmann, Prof. Otto H. Engel, Richard Eicht, G. Henckel, Prof. C. Langhammer, Prof. Konst. Stark, Prof. E. Wenz; in Darmstadt: Prof. E. Bracht, in Dresden: Robert Hahn, in Düsseldorf: D. Utermann, in Hamburg: Prof. Ernst Cramer, in Karlsruhe: Julius Reuber, in Königsberg: Prof. Heinrich Wolff, in Leipzig: Prof. Bruno Herour, in München: Prof. Adolf Keller, in Stuttgart: Prof. E. Egg.

Buche Hörsch beginnt ihre diesjährige Tätigkeit an den Koller-Bühnen in der zweiten Hälfte des März und zwar im Residenztheater in der Uraufführung der Komödie „Das Pöbeling“ von Ernst Otto Hoff.

Reichsfinanzrat Dr. Edwin Redfoss ist zum Vorsitzenden des Sachverständigen-Ausschusses für die Leipziger Entwurfs- und Modellmesse gewählt worden.

Stellerbesuche veranstaltet der Pflanzklub (Mauk-Rode-Stiftung) im Interesse der blühenden Künstler. Die ersten finden statt bei Prof. Otto H. Engel, Köppling-Kugler, Str. 51, vorm. 11-1 Uhr; Prof. August Kraus, Gureweld, Dammstr. 3, vorm. 11-1 Uhr; Prof. Felix Adeln, Kuglerstr. 64, vorm. 11-1 Uhr; Prof. Hans Licht, Kanitzstr. 89, 1. Rat; Prof. Karl Langhammer, Gändelstr. 12, 8. Rat.

Vorträge. Universitätsprofessor Dr. Solger spricht am 17. März, abends 8 Uhr, im Schillerklub (Schloßstr. 104) über: „Erinnerungen an das deutsche Leben in China.“ — Freitag, 18. 8 Uhr abds., im Saale des vormaligen Herrenhauses, Leipziger Str. 3: Lichtbildervortrag von Dr. Wolfgang D. v. Genuß über: „Diplomatie und Verhältnisse. Silber und Asien.“ Der Vortrag ist für die notleidenden deutschen Auslandsfrauen bestimmt. Karten im Heim des Auslandsdeutscher Frauen, Wehrstr. 9, und an der Abendkasse. — Am Dienstag, 22. abds. 8 Uhr, spricht Prof. Dr. Wilhelm Boettner im Saal 301 der Technischen Hochschule über: „Ein Bildnis deutscher Kunst.“

Operanten als Schulfach. Der Rationen Geni hat seinen Unterricht in Operanten als Schulfach in die Schulen ersten Grades eingeführt.

# Reichstag.

Auf der Tagesordnung der heutigen Reichstagsitzung steht die Ergänzung zum Haushalt des Reichswirtschaftsministeriums. Als Beitrag für die Breslauer Messe werden 400 000 M. ausgeworfen, für die Frankfurter Messe und für den „Handelshof“ in Stuttgart je 300 000 M.

Abg. Köpfer (Dnat.) begründet einen Antrag, die Reichsregierung zu ersuchen, für die über die Westgrenze eingeführten Weine die Verpflichtung zur Angabe des Anbaugebiets einzuführen und beim Abschluß neuer Handelsabkommen mit auswärtigen Staaten die Einfuhr von Weinen aus dem Ausland in keiner Weise zu begünstigen und nicht auf Kosten der Einfuhr wichtiger Nahrungsmittel und Rohprodukte zu bevorzugen.

Reichswirtschaftsminister Scholz: Die Reichsregierung ist mit dem Antrag Körner vollkommen einverstanden.

Nach weiteren Bemerkungen der Abgg. Korrell (Dem.), Köpfer (Dnat.), Ged (U.S.), Becker (D. Sp.), Westin (S.) und Fischer-Boden (Dnat.) wird der Antrag Körner (Dnat.) gegen die Unabhängigen angenommen, ebenso die Beträge für die Messen. — Die Abstimmung über den Haushalt des Innern wird zurückgestellt, da das Haus nur schwach besetzt ist.

Es folgt die Beratung der Haushaltspläne des Reichsministeriums des Reichsanwaltschafts, der Reichsanwaltschaft und des Reichsministeriums des Auswärtigen. — Eine Entschließung des Ausschusses verlangt von der Reichsregierung eine Nachprüfung, ob die Finanzbeiträge im Ausland mit dem 31. März 1921 abzuberufen sind.

Abg. Bernstein (Soz.): Der Etat des Auswärtigen Amtes verlangt diesmal 20mal mehr Ausgaben als in der Vorkriegszeit. Wie können wir an diesem Etat sparen? Man muß den auswärtigen Dienst vereinfachen, weniger Luxus und überflüssigen Aufwand treiben und keine überflüssigen Beamten halten. Die auswärtige Politik muß in Verbindung mit der inneren von neuem Geiste erfüllt sein, denn wir brauchen das Vertrauen der ganzen Welt zu unserer Demokratie. Die Rechte ist nur zu oft bemüht, das Vertrauen des Auslandes zu erschüttern. In London sind verschiedene Fehler gemacht worden. Unser erster Vorschlag wurde in wenig geschickter Form vorgebracht. Unser Verhalten in der Angelegenheit Eupen-Raimedg hat den Gedanken aufkommen lassen, als ob wir unsere Unterschrift unter den Friedensvertrag nicht für bindend hielten. Wir haben rechtzeitig gewarnt, man dürfe nicht sich heute auf die Unterschrift unter den Friedensvertrag stützen und sie morgen zurückziehen. Zwei Hauptfehler sind unserer auswärtigen Politik vorzumerken: Erstens hat man in der Schuldfrage sich nicht zu dem bekannt, was die ganze Welt und die Mehrheit unseres eigenen Volkes glaubt, zu der Schuld des kaiserlichen Deutschlands am Kriege.

(Widerspruch rechts.) Die englische Zeitschrift „New Statesman“ verurteilt in einem Artikel „Der Gipfel des Wahnsinns“ aufs heftigste die Sanftionen, meint aber, daß man zwei Lehren von London mitnehmen sollte, daß wir es uns zu Herzen nehmen sollten, es sei töricht, die Schuld der kaiserlichen Regierung am Kriege zu leugnen. Die Bestreitung dieser Schuld bilde die Einleitung aller unserer Argumente und sei eine Waffe für alle, die den Haß lebendig erhalten wollen.

Die zweite Lehre sei für England, daß es sich nicht so tief mit Frankreichs Politik einlassen dürfe. Daß das kaiserliche Deutschland im Verein mit Oesterreich den unmittelbaren Anlaß zum Weltkrieg gegeben hat, muß von pflichtbewussten Volksovertretern festgestellt werden. Von einer alleinigen Schuld Deutschlands spricht niemand. (Präsident Adde: Wenn Sie mir eine leise Warnung gestatten wollen, Herr Abgeordneter, so möchte ich sagen, daß von der Kriegsschuld in letzter Zeit so viel gesprochen ist, daß wir doch nicht wieder eine Debatte darüber entfehlen wollen.) Es kommt darauf an, wer im entscheidenden Moment die Pistole losgedrückt hat. Freilich darf für die Schuld der Regierung

nicht das deutsche Volk in vollem Maße haftbar gemacht werden. Daß sich die Elemente im Ausland, auf die es bei einer Revision des Friedensvertrags am meisten ankommt, nämlich die Arbeiterschaft, nicht mehr für uns eingestrichelt haben, liegt daran, daß von uns die Kriegsschuld des kaiserlichen Deutschlands nicht genügend und reslos anerkannt wurde. Wir protestieren dagegen, daß die deutsche Politik von Stinnes gemacht wird. (Zuruf rechts: Sie betreiben die Geschäfte Lloyd Georges!) Nein! Das tun Sie, meine Herren! In einem Gespräch mit dem Korrespondenten des „Daily Herald“ hat Lloyd George zum Ausdruck gebracht, daß die unabhängigen Liberalen und die Labour Party das größte Vertrauen gegen die Befragung des Reichstags haben. Wenn man die ausländischen Tageszeitungen liest, kann man feststellen, daß unser Außenminister drüben einen guten Ruf besitzt. Was die finanziellen Zumutungen betrifft, die an uns gestellt werden, so müssen wir zu solchen Bedingungen kommen, die möglich sind und unser Wirtschaftsleben verhältnismäßig am wenigsten schädigen. Die Abzahlung in den Annuitäten, wie sie gefordert werden, ist für uns unmöglich. Wenn nicht vollständige Umwälzungen eintreten, mit denen man natürlich nicht rechnen kann, so müßten unsere Kinder und Enkel schwer tragen an der Schuld des kaiserlichen Deutschlands; dagegen muß die deutsche Republik Einspruch erheben. Dieser Einspruch kann nur zum Faktum werden, wenn er unterstützt wird von der Arbeiterinternationale aller Völker.

## Der Tod Helmhakes.

Fünf Zeugen sind der Aufforderung, zu erscheinen, nicht gefolgt. Zunächst wird der Zeuge Rosenblüh noch einmal vernommen, der seine Aussage noch zu ergänzen wünscht. Der Zeuge will festgestellt sehen, daß auch die Unteroffiziere mihandeltet.

Major v. Dellius, der auch als Sachverständiger gehört wird, bezeichnet Hiller als neurotischen Menschen. Staatsanwalt Sauer: Dem Angeklagten wird zur Last gelegt, daß er den Helmhake, als er am Baum angebunden war, tobte und schrie, geschlagen habe. Hiller hat ihm als Vorgesetzter Vorhaltungen gemacht und ihn dann mihandelt. Dann sagt die Anklage, daß Hiller die beiden Gefangenen aus dem Erdloch sich habe vordrängen lassen, wobei er sie beschimpfte und gestohlen und getreten haben soll. Die Staatsanwaltschaft geht davon aus, daß der Kampagnenführer bei der Abführung Helmhakes jede Fürsorge vermissen ließ und ihm sogar die Verpflegung entzogen haben soll. Rechtsanwält Hirschfeld tritt den Ausführungen der Staatsanwaltschaft entgegen. Der Sachverständige soll nach Anhören weiterer Zeugen sein Gutachten abgeben.

Eine Reihe weiterer Zeugen spricht sich günstig über den Angeklagten aus.

Schlichter Doll ging mit dem Transport im Februar 1915 hinaus. Der Zeuge wurde Burche des Leutnants Haberland und bezog dessen Unterkund mit. Der Zeuge führte aus: Helmhake soll einen Käse gestohlen haben, aber es war noch genug Verpflegung da. Das kann also wohl nicht maßgebend für die Beurteilung gewesen sein. — Borl: Woher wollen Sie das beurteilen? Lassen Sie Ihre Phantasien nicht spielen, sondern berichten Sie nur eigene Wahrnehmungen. — Zeuge: Helmhake sollte

von der Liebesgabenverteilung ausgeschlossen werden. Als Helmhake abgeführt wurde, hat Hiller in meiner Gegenwart dem Sergeanten Meyer und dem Gefreiten Kuhn den Befehl erteilt, dem Helmhake nicht zu essen und zu trinken zu geben. — Borl: Hiller soll Karl getrunken haben? — Zeuge: Jawohl. Er hehlt Liebesgaben für sich. — Rechtsanwält Hirschfeld: Der Angeklagte vermahlet sich auf des entscheidendste dagegen, daß er fremdes Eigentum für sich behalten habe. — Zeuge: Leutnant Haberland behielt Schokolade für sich, so daß die Krümel an die Mannschaften gelangten.

# Groß-Berlin

## Das Treiben gegen Paulsen.

Der warmherzige Aufruf, mit dem der neue Oberstadtschulrat Genosse Paulsen sich an Eltern, Lehrer und Schüler wandte, um gemeinsamer Arbeit und Verbündigung die Bahn zu eröffnen, hat nicht nur bei der Erörterung die schneidende Ermüdung des deutschvolksparteilichen Stadtverordneten Dr. Leidig hervorgerufen, auch bei den Oberlehrern ist er auf steinigem Boden gefallen. Der Groß-Berliner Pädologenerverband hat sich gemüßigt gesehen, in einer Zuschrift an die Vertrauensleute an den einzelnen höheren Lehranstalten zur Vernichtung etwaiger Wirkungen des Aufrufs nicht nur in den Kreisen der Oberlehrer, sondern durch diese auch bei Eltern und Schülern folgendes Rundschreiben auszusenden:

„Sehr geehrter Herr Kollege! Wollen Sie folgende einstimmig gefaßten Beschlüsse des Verbandsausschusses Ihrer Anstalt möglichst schnell und vertraulich zur Kenntnis bringen: Den Vertrauensmännern der einzelnen Anstalten soll nahegelegt werden, daß von dem Schreiben des Oberstadtschulrats Herrn Paulsen keine Notiz genommen wird, weil er mit ihm sich in innere Verhältnisse der Schule einmischte, obwohl ihm gesetzlich nur die Bearbeitung der äußeren Angelegenheiten obliegt. Die Kollegen werden deshalb aufgefordert, falls sich die Konferenz mit dem Oberstadtschulrat als Gesamtheit oder einzeln auszuspochen, ferner Sorge zu tragen, daß das Schreiben unter keinen Umständen der Schulgemeinde vorgelegt wird, schließlich, falls der Elternbeirat von sich aus die Pausenschen Beschlüsse zur Debatte stellt, sich bei dieser Erörterung im Elternbeirat an der Aussprache zu beteiligen, um als Sachverständige hinsichtlich des aufgestellten Programms aufklärend zu wirken.“

Nach dem Wunsche des reaktionären Pädologenerverbandes soll der Oberstadtschulrat also lediglich eine Art höherer Registraturtätigkeit ausüben, sich aber jeder Einwirkung zur Erneuerung des städtischen Schulwesens enthalten. Besonders charakteristisch aber ist die Angst der Herren Oberlehrer vor der Wirkung, welche die Darlegungen Paulsens etwa auf die immerhin aufnahme- und eindruckfähigere Jugend haben könnte; darum sie „unter keinen Umständen der Schulgemeinde vorlegen“ lassen! Sorgfältig sollen die Aufklappen verschlossen gehalten werden, durch die ein frischer Hauch in die stüde Atmosphäre der alten Schule eindringen und neues Leben fördern könnte. Aufgabe des neuen Oberstadtschulrats muß es sein, nicht mehr durch Worte und Vorstellungen, sondern mit der Tat vorzugeben, um dem Geiste einer neuen Zeit Einzug in die Bildungssäle unserer Jugend zu verschaffen. Die bevorstehende Pensionierung zahlreicher überalterter Lehrkräfte öffnet solcher Möglichkeit Tür und Tor.

## Erweiterung des Friedrichsfelder Friedhofes.

Der 1888 eröffnete etwa 100 Morgen große Friedrichsfelder Zentralfriedhof ist seit 1914 voll belegt. Der jeweilige Ablauf der 20jährigen Belegungsfrist deckt den Raumbedarf bei weitem nicht. Die Feststellungen haben ergeben, daß bei der augenblicklichen Sterbeziffer von jährlich 40 000 Fällen selbst bei Belegung der freien Begräbnisflächen der Friedhof in einem Jahr voll belegt sein wird. Demgemäß muß schon für den Fall von Epidemien weiteres Friedhofsgelände beschafft werden. Die Bildung der Einzelgemeinde erfordert die Anlegung von mindestens vier großen Zentralfriedhöfen im Osten, Süden, Westen und Norden, und zwar durch die Erweiterung des Friedrichsfelder Friedhofes, die Verengung der Neuländer Friedhofsanlagen in Rudow, der Wilmersdorfer Friedhofsanlagen in Stabndorf und die entstehenden Neuanlagen in Berlin, Grop, Karow. Die Anlagen großer Zentralfriedhöfe ist wegen der früheren Anlegung der Gassen und der Arbeitskräfte wirtschaftlicher und billiger als die Anlage vieler kleiner Beerdigungsplätze. Der Friedrichsfelder Friedhof besonders ist günstig gelegen und durch Verkehrsmittel von überall her schnell zu erreichen, ist auch wegen seiner parkähnlichen Gestaltung äußerlich sehr ansprechend. Das Vorhandensein aller notwendigen Betriebsbauten erlaubt die Anlage neuer Summen, abgesehen vom Kaufgelde. Das Gelände liegt zwischen der Wriezener Bahnstraße, der Industriebahnstraße, der Chaussee Weihenkreuz-Karow der Trennanhalt Herberge und dem alten Friedhof Friedrichsfelde. Der Magistrat hat die Stadtverordnetenversammlung erwidert, das Gelände vom Preise von 8 000 000 M. von dem Rittergutsbesitzer von Treptow in Friedrichsfelde zu erwerben, wovon 2/3 Millionen hypothekarisch eingetragenen und der Rest bar bezahlt werden soll.

## Nächtlicher Kampf mit Geldschrankeinbrechern.

Eine der gefährlichsten Geldschrank- und Geschäftseinbrecherbanden wurde in der vergangenen Nacht in der Jerusalemstraße auf frischer Tat überrascht und unschädlich gemacht. Der Wächter eines großen Geschäftshauses in der Jerusalemstraße erwiderte im vierten Stockwerk einen Alarmschrei. Da dieser um die Nachtzeit nur von Einbrechern herrühren konnte, benachrichtigte der Wächter eine des Tages kommende Patrouille der Streife B I der Kriminalpolizei. Diese näherte sich unauffällig den Räumen und so sahen sie mehrere Männer, die ihre Ueberzieher und Röcke abgelegt hatten und in Hemdsärmeln „schwer arbeiteten“. Während zwei dabei waren, einen dort stehenden Geldschrank zu „knaden“, waren andere damit beschäftigt, die Decke vom dritten zum dritten Stockwerk zu durchbohren, um auch dem in dem tiefer gelegenen Stockwerk befindlichen Geschäft noch einen Besuch abzustatten. Als die überraschten Verbrecher sich ertappt sahen, griffen sie zu ihren Waffen, schossen auf die Beamten, um dann über die Dächer zu entfliehen. Die Beamten zogen jedoch ebenfalls ihre Dienstwaffen und es gelang ihnen auch, die ganze Bande dinofest zu machen. Außer einem vorzüglich gearbeiteten Einbrecherwerkzeug besaßen sie Stricke, um damit den Wächter zu fesseln, falls sie durch ihn überrascht worden wären und Strichlein, um wenn er in Beerdigung eines Hundes sein sollte, diesen zu vergiften. Die Verhafteten, die nach dem Polizeipräsidium gebracht wurden, entpuppten sich als langgestreckte Verbrecher, die sich in der Gegend des Bedding zusammenfanden und von dort aus ihre Streifzüge unternahmen. Es handelt sich um einen Arbeiter Paul Franke, den wegen Geldschrankeinbruch schon wiederholt vorbestraft ist, einen Chauffeur Fritz Schimbel, der erst vor kurzem aus der Strafankst in Sonnenburg entwichen war und deren Spießgesellen, den Russen Max Kiedel, den Kellner Aufus Eichhorn und den Schaffer Kurt Wittich. Alle werden heute dem Untersuchungsrichter vorgeführt.

## Der Tod eines Jockeylehrlings.

Vor einigen Tagen erlitt in Neuenhagen bei einem Bogkampf der Jockeylehrling Beil so erhebliche Verletzungen, daß er tags darauf im Krankenhaus starb. Der Bogkampf wurde geführt aus Anlaß einer Festlichkeit, welche der Frauen- und Jockeyverein veranstaltet hatte.

Gegen die sportliche Betätigung der Jugend wird wohl kein Mensch etwas haben, so lange sie sich in dem Rahmen hält, der die Begegnung des Wortes Sport zuläßt. Werden aber nicht auch Handlungen als Sport bezeichnet, die schon das Tierische übertreffen und geradezu ein Schandstück der Kultur sind? Wie kann man „Boxen“ als Sport bezeichnen. Da rennen die Menschen und zahlen horrend Preise, um so einen Rohheitsakt anzusehen und gröhlen dann wie vom Teufel besessen dem „Sieger“ zu, während der andere mit verzerrtem Gesicht am Boden sich in Schmerzen krümmt und windet. Und die Sportpresse belügt spaltenweise Verherrlichungen:

„Einen schönen Kampf lieferten — — — Er ist eine Kasse für sich — — — Er wird noch Großes leisten — — — usw.“

Und wie war die Tragödie in Neuenhagen? Beil kam mit seinem Gegner als zweites Paar, er selbst das erste, in den Ring. Kleine Kerlechen, blühend, man sollte meinen, sie können sich gar nichts tun. Aber falsch gedacht. Wie die Tiger gehen sie aufeinander los. Bei der sechsten Runde ist des einen Gesicht über und über mit Blut bedeckt. Seine Kraft ist erschöpft, doch der Ehrgeiz treibt ihn weiter. Bei der siebenten Runde muß er sich Kopf und Leib durch die Arme schüßend, in eine Ecke zurückziehen. Der Gegner folgt und bozt weiter auf ihn ein, an den Kopf, ins Gesicht, auf den Magen, in die Seiten. Endlich macht der Schiedsrichter dem Kampf ein Ende, und während er dem Publikum den Sieger vorstellt, raft der andere, mit Blut überdeckt, mit den Armen in der Luft herumstufelnd, die Augen weit aufgerissen, ein Bahnkinniger, vollkommen seiner Sinne beraubt, in dem Ring umher, um sich noch auf seinen Gegner zu stürzen. Man fößt ihm in die Arme und er bricht zusammen. Ohne das Bemühen wiedererregt zu haben, mit schwer röchelnder Brust und gedrohenem Auge kommt er ins Krankenhaus, und der nächste Morgen fand ihn tot. Man sollte glauben, daß der Wahnsinn seit 1914 wahrlich lange genug Triumphe gefeiert hat, als daß er in solchen gemeingefährlichen Exzessen seine Fortsetzung findet.

## Die neuen Kreistage Teltow und Niederbarnim.

Die auf Grund der allgemeinen und gleichen Wahlen neu gebildeten Kreistage der Kreise Teltow und Niederbarnim, die je 30 Mitglieder zählen, treten am Dienstag, 22. d. M., vormittags, zu ihren ersten Sitzungen zusammen. Auf der Tagesordnung beider Kreistage steht zunächst die Prüfung der Gültigkeit der Wahlen und die Wahl der Kreisräte. Im Kreise Teltow sind nach dem amtlichen Wahlergebnis insgesamt 53 464 gültige Stimmen abgegeben worden. Bei 30 Abgeordneten betrug die Verteilungszahl 1782,13. Auf Grund dieser Verteilung haben erhalten die Soz. 8, die U.S.P. 6, die F.P.D. 2, die Wirtschaftspartei 1, die Demokratische Partei 2 die freie unpolitische Vereinigung 11 Kreistagsabgeordnete. Es ist also eine sozialistische Mehrheit von 16 gegenüber 14 bürgerlichen Abgeordneten vorhanden. Gegen die Gültigkeit der Wahlen sind 8 Einsprüche eingegangen, hauptsächlich deshalb, weil in verschiedenen Stimmbezirken Stimmen auf Wahlzettel abgegeben worden sind, was für die Kreistagswahl unzulässig war. Es sind hierdurch nachträglich 99 ungültige Stimmen festgestellt worden. Es ist jedoch nicht zu ermitteln, für welche Partei die ungültigen 99 Stimmen abgegeben worden sind. — Auf der Tagesordnung des Niederbarnimer Kreistages steht u. a. der Verkauf des Kreiskrankenhauses Reinickendorf an die Stadt Berlin.

## Die Seide im Teltowkanal.

Von Einbrechern rührt zweifellos auch ein großes Paket Seide her, das gestern in Treptow aus dem Teltowkanal gefahndet wurde. Das Paket, das die Verbrecher wohl weggenommen haben, weil sie für den Inhalt keine Verwendung hatten, enthielt verschiedenfarbige Seide, besonders Crepe de Chine. Die Eigentümer können sich bei der Polizei in Treptow melden.

## Ein Brotartenmarder

hat, wie uns von der Lichtenberger Presseabteilung mitgeteilt wird, in der Möllendorferstraße in der Nähe des Lichtenberger Rathauses den vergeblichen Versuch gemacht, den Kindern von Bäckermeistern, die mit der Ablieferung von Brotartenabschnittsbacken an die zuständigen Dienststellen beauftragt waren, diese unter allerlei Lebensarten und „guten Ratstücken“ abzunehmen. Dieser Mann, der als etwa 1,75 Meter groß und mit geringem Bartwuchs versehen beschrieben wird, trat in einem Regenmantel an die Kinder heran, die über seinen Vorstellungen kein Gehör schenkten. Aus der Art seines Vorgehens muß entnommen werden, daß er mit den in Frage kommenden Verhältnissen hinsichtlich der Kartenablieferung wohl vertraut ist. Er wollte anschließend den Umständen sich zu Ruhe machen, daß die Abnahme am Montag in Lichtenberg um 3 Uhr nachmittags beendet wird, in Berlin aber bis zum Abend andauert. Da angenommen werden kann, daß der Betrüger seine Manipulationen in Lichtenberg oder in anderen Vororten weiter versuchen wird, so empfiehlt es sich, die mit der Ablieferung der Karten beauftragten Kinder zu warnen und die Festnahme des Brotartenmarders gegebenenfalls zu veranlassen.

Auf den Schienen tot aufgefunden wurde gestern Abend der 20 Jahre alte Arbeiter Paul Brandstätter aus der Roterumer Straße 46. Der junge Mann hat augenscheinlich einen Selbstmordszug auf dem Bahnhof Friedrichstraße auf der falschen Seite verlassen und ist so unter den Zug geraten, der gleich darauf wieder abfuhr.

Reiche Beute machte eine Einbrecherbande, die der Weißwaren-Großhandlung von Fränkel u. Ruder in der Kommandantenstr. 12/13 einen Besuch abstatteten. Die Verbrecher setzten sich hier mit Etikettieren vom Dach hinab nach den Lagerräumen und stahlen aus diesen für eine halbe Million Mark Seide und andere Stoffe.

Eine gemütvollte Firma! Wie von der Geschäftsstelle Berlin der Vereinigten Verbände heimatsortener Oberlehrer berichtet wird, legt die Metallwarenfirma Richard Herbig u. Co. G. m. b. H., Berlin, Prinzenstr. 94, ihren Rechnungen neuerdings folgenden Mahnzettel bei:

„Die Abstimmung in Oberschlesien ist für den 20. März er. festgesetzt und werden die Gebiete alsdann zu Polen geschlagen werden, innerhalb weniger Tage von Deutschland getrennt sein. Um die bekannten Schwierigkeiten, die bei Zahlungen aus Polen beiden Teilen entstehen, zu vermeiden, bitten wir, die Regulierung sofort nach Empfang der Rechnung vorzunehmen. Zahlung in deutscher Währung.“

Aus diesem Mahnzettel spricht eine starke Kapselhaftigkeit; wenn sie in Oberschlesien in gleichem Maße bestünde, so wäre natürlich das Schicksal Oberschlesiens besiegelt.

Spek 11,60 M. Der Magistrat hat den Preis für den in den städtischen Verkaufsstellen in dieser Woche zur Ausgabe gelangenden Spek auf 11,60 M. für das Pfund festgesetzt.

Der Botanische Garten in Dahlem ist am Sonntag, den 20. März, von 2 bis 6 Uhr, dem allgemeinen Besuche geöffnet. Kinder unter zehn Jahren haben keinen Zutritt.

Der Veranstaltungabend für die Frauen und Mütter von Groß-Berlin findet Freitag, den 18. abends 7½ Uhr, im Beckener Rathaus, Saal 100, Eingang Jüdenstraße, statt. Professor Dr. Karl Brunner spricht über das Thema: Die Jugend und das öffentliche Vergnügungswesen. Zutritt frei.

Jugendweihnacht in Reinickendorf. Am kommenden Sonntag finden für Reinickendorf-Ost in der Zeit von 9—11 Uhr und von 11 bis 1½ Uhr zwei Feiern im Realgymnasium und in Reinickendorf-West eine Feier in der Zeit von 11—1½ Uhr in der Aula der 5. Gemeindegemeinschaft statt. — An künstlerischen Kräften wirken mit: Godfried Zender und Sela Trau-Stöhringer (Cello), Elva Kühne und Ilse Stein (Klavier), Paul Bono und Otto Busch (Harmonium). Ferner der Männergesangsverein „Einigkeit“ und der Männerchor Reinickendorf. — Gastkarten zu 1 M. sind nach in beschränkter Anzahl bei den Parteifunktionären, im Volkshaus und beim Volksbildungsamt zu haben.

In der Lichtenberger Städtischen Vesselschule, Frankfurter Allee 87, kommen zu bedeutend herabgesetzten Preisen Herren, Jungmännchen und Knabenanzüge, sowie Herren- und Damenmäntel, Paletots und Ueberzieher, Damen- und Herrenhüte, einfarbig und gemischt, Damenblusen, Damenmäntel, Männerunterhosen, Kinderhöschen in den Größen 1—8, und Kinderwadenstrümpfe, Größe 1—8, zum Verkauf. Die Vesselschule ist Mittwoch- und Sonnabends von 9—11 Uhr und 4—6 Uhr, an den übrigen Wochentagen von 8—8 Uhr geöffnet. In der Schulverkaufsstelle Lichtenberger Allee 87 — Dienstunden wie in der Vesselschule — kommen Herren-, Damen- und Kinderhüte und Schuhe zu außerordentlich billigen Preisen an jedermann zum Verkauf.

# Gewerkschaftsbewegung

## Sind Lohnforderungen Erpressung?

In Chemnitz und Umgebung befinden sich die Zementarbeiter seit zehn Wochen im Streik, weil der Arbeitgeberverband der Zement- und Kunststeinindustrie bisher jede Einigung durch strikte Ablehnung der Arbeiterforderungen unmöglich machte. Die Arbeitgeber erklären, die geforderten Lohnerhöhungen nicht tragen zu können, obwohl einige Betriebe schon vor Wochen bewilligt haben. Nach einer Veröffentlichung der Streikleitung in der Chemnitzer „Vollstimme“ hat nun der Arbeitgeberverband gegen den Geschäftsführer des Fabrikarbeiterverbandes Schönherr, gegen den Branchenleiter Berg-Hannover und gegen den Hauptvorstand Brey-Hannover Klage wegen Erpressung erhoben.

Dieser Fall ist nicht neu. Schon früher haben Arbeitgeberverbände mit den gleichen Mitteln versucht, die Arbeiterschaft niederzuhalten. Die Gerichte haben derartige Klagen aber wiederholt abgewiesen, weil der Tatbestand der Erpressung nicht gegeben war. Die Kläger haben nicht nur bewiesen, daß sie juristisch sehr schlecht beraten sind, sondern auch den Beweis dafür erbracht, daß die Arbeitgeber zur Justiz ein grenzenloses Vertrauen haben. Wenn wir auch von unseren Gerichten manches gewöhnt sind, so besteht doch absolut keine Aussicht, daß dieser Prozeß vom Arbeitgeberverband gewonnen wird.

Für die Arbeiterschaft aber ist die Tatsache, daß man wagt, Gewerkschaften, die Lohnforderungen aufstellen, wegen Erpressung zu verklagen, ein Warnungszeichen. Die Kapitalisten glauben, den Arbeitern ihre berechtigten Forderungen abzuhaken zu können, während sie durch fortgesetzte Preissteigerungen ihre Profite vergrößern. Die Bruderlumpen, die unaufhörlich in der Arbeiterschaft ausgetragen werden und jetzt auch die Gewerkschaften bedrohen, geben ihnen immer wieder Mut zu solchen Vorstößen. Wenn die Arbeiterschaft nicht bald erkennt, daß sie nur einen gemeinsamen Feind, den Kapitalismus, hat, und wenn sie aus dieser Erkenntnis nicht schleunigst die Folgerung zieht, daß diesem mächtigen Gegner nur eine geeinte Arbeiterschaft erfolgreich entgegenzutreten kann, dann wird sie die Macht des Unternehmertums nur immer mehr verstärken und ihm schließlich ohnmächtig gegenüberstehen.

## Der Schiedspruch im Bäckergewerbe.

Mittwoch fand vor dem Schlichtungsausschuß Groß-Berlin die Beratung und Entscheidung über den neuen Tarifvertrag für das Bäckergewerbe Groß-Berlin statt. Der Schiedspruch lehnt die 48-Stunden-Woche ab, es bleibt bei der achtstündigen Arbeitszeit. Die Löhne wurden derartig geregelt, daß Bäcker- und Konditorengelichen in Großbetrieben von jetzt an 325 M., in Kleinbetrieben 315 M. pro Woche erhalten. Die Brotkutscher erhalten einen Wochenlohn von 325 M. Die Verkaufserinnen kommen auf 190 M. pro Woche. Weibliche Hilfskräfte erhalten 175 M. die Woche, Kost und Logis 90 M. Zuschüsse werden pro Tag mit 82 M. bezahlt, für Ueberstunden erhalten sie 8 M., Sonntags 10 M. Die Lehrlingshaltung wurde in den Tarifvertrag mit einbezogen. Die Angestellten erhalten ferner im ersten Jahre 6 Tage, im zweiten Jahre 12 Tage, im dritten Jahre 18 Tage, im vierten Jahre 21 Tage Ferien. Neueingestellte erhalten im ersten Jahre 6 Tage Ferien. Der Vertrag soll mit zweimonatiger Kündigung zum jeweiligen Monatsersten gelöst werden können und bereits vom 15. März an in Kraft treten.

Der Streik der Sarghändler dauert bereits drei Wochen. 50 Prozent der Fabrikanten haben die bekannten Forderungen der Arbeitnehmer als berechtigt anerkannt und bewilligt. Es hatte den Anschein, daß es mit den übrigen Betrieben ebenfalls zu einer Einigung kommen würde. In einer Sitzung, welche auf Wunsch der Arbeitgeber stattfand, wurde über die Regelung der Arbeitszeit und Regelung der Entlohnung der Hilfsarbeiter auf der Basis des am 7. Februar 1921 gefällten Schiedspruchs verhandelt. Die Parteien verpfichteten sich, noch einmal unter sich getrennt zu verhandeln, um in einer späteren Sitzung die Angelegenheit definitiv zu erledigen.

In der neuen Verhandlung zogen die Arbeitgeber wider alles Erwarten ihre gemachten Zugeständnisse zurück, so daß für die Arbeiterschaft der Sargfabrikation nur noch übrig blieb, weiter zu kämpfen.

Als besonders hartnäckige Firmen sind zu verzeichnen: Brehm, Alte Jakobstr. 80; Conrad, Neue Königstr. 28; Brieneisen, Schöneberg, Belgier Str. 56; Alee, Stralauer Allee 22; Koch, Reichsberger Straße 155; Büdemitt, Zionskirchstr. 22; Köhn, Libauer Str. 4; Kober, Kurfürstenstr. 37; Ernst Kohnst, Lichtenberg, Prinz-Albert-Straße 13; Fleck, Margaretenstr. 5; Jung, Rannysstr. 5; Dedring, Sauerstr. 110; Reinhold, Johannistr. 14/15; Stobel, Pallasstr. 77.

Die Arbeiterschaft erlucht die Gesamtarbeiterschaft um Unterstützung und Solidarität in diesem Kampf. Die Transporteure, welche von den bewilligten Firmen Särge abtransportieren, haben einen Ausweis der Streikleitung.

Die Angestellten der Wagenbau- und Karosseriebranche berieten am Mittwoch in einer von der Asa einberufenen Versammlung über die Aufstellung neuer Forderungen. Der Tarif läuft Ende März ab. Die geltenden Gehaltsätze wurden als zu niedrig bezeichnet, um alle Bedürfnisse zu befriedigen. Es wurde beschlossen, auf alle Gehaltsätze eine Erhöhung von 30 Prozent zu fordern und diese Forderung dem Arbeitgeberverband zu unterbreiten. Einem Wunsch, für die niedrig bezahlten Gruppen eine größere Erhöhung eintreten zu lassen, soll bei den Tarifverhandlungen Rechnung getragen werden. Auch wird beabsichtigt, die übrigen Tarifvorschriften, wo nötig, zu verbessern und eine längere Geltungsdauer zu erzielen.

Der Deutsche Bekleidungsarbeiterverband teilt mit, daß der Streik in der Dampfmaschinen-„Brilliant“, Berlin, Frankenstr. 9, seit Dienstag, den 15. März 1921, zur Zufriedenheit der Beteiligten beendet ist.

Wilhelm Nübel, einer der Führer der Holzarbeiter Deutschlands, ist einer Herzlähmung erlegen. Seit 30 Jahren wirkte der Verlorene unermüdet für die Arbeiterschaft. 1889 wurde er Schriftführer des eben gegründeten Fachvereins der Tischler. In der Gewerkschaft der Tischler, die dem Fachverein folgte, übernahm er zunächst dieselbe Funktion, um später diesen Posten mit dem eines Rechnungsführers zu vertauschen. Neben dieser Tätigkeit versah er noch eine Reihe anderer Posten, teils der Arbeiterbewegung, teils im öffentlichen Dienste. Am 7. März trug man den rastlosen Kämpfer zur letzten Ruhe.

Deutscher Transportarbeiterverband. Branche Holzindustrie und Möbelhandel. Branchenversammlung heute 7 Uhr bei Schulz, Köpenicker Str. 2.

Angestelltenverband des Buchhandels-, Buch- und Zeitungsgewerbes. Freitag 7 1/2 Uhr im „Mag- und Reich-Club“, Kommandantenstr. 83/3; Mitglieder-Versammlung.

Verband der technischen Angestellten und Beamten. Holzgewerbe. Heute 7 Uhr Mitglieder-Versammlung im Deutschen Hof, Köpenicker Str. 40/41. — Metallindustrie. 7 Uhr: Facharbeiter-Versammlung, Prandstraße 10. — Freie Gewerbe. 7 Uhr: Vertrauensmännerversammlung im Empfangsraum der Geschäftsstelle, Berlin 7. — Mitglieder-Versammlung Sülze 7 Uhr im Restaurant „Kaiser“, Neue Königstr. 171/172. — Versammlung der Berufsgenossen für Vermittlungsgesellen im Berliner Rathaus, Oranienstr. 2. 7 Uhr. — Sonntag. 10 Uhr: Mitglieder-Versammlung 9 1/2 Uhr in Sauerlands Hofstr. 2, Neue Friedrichstr. 2.

Centralverband der Angestellten. Freitag, Glas- und Keramik-Größthandel. 7 1/2 Uhr: Deutsches Verbandsrat, Belle-Alliance-Str. 7/10. — Holzhandel. 7 Uhr: Deutsches Verbandsrat in Sauerlands Hofstr. 2, Neue Friedrichstr. 2. — Textilien. 9 1/2 Uhr: Mitglieder-Versammlung im Verbandsrat, Belle-Alliance-Str. 7/10.

# Soziales.

## Wiederaufbau der wirtschaftlichen Demobilisierung?

In Nr. 118 des „Vorwärts“ kritisierte ich unter der Rubrik „Abbau der wirtschaftlichen Demobilisierung“ die Art, wie die Demobilisierungsbestimmungen abgebaut werden. Jetzt ist durch eine neue Verordnung, betreffend Abänderung der Verordnung über die Freimachung von Arbeitsstellen unterm 5. März (Reichs-Gesetzblatt Nr. 26, Seite 222) noch ein weiteres Beispiel schlechter Geismacherei erbracht worden. Aufsehenerfüllend ist diese Verordnung die aus dem Reichsarbeitsministerium gemeldete Einschränkung der Freimachung von Arbeitsstellen bringen. Tatsächlich ändert sie an der durch die Verordnung vom 18. Februar 1921 (Reichs-Gesetzblatt Nr. 19, Seite 180) geschaffenen Rechtslage nur insoweit etwas, daß nun offiziell die Verordnung über Freimachung von Arbeitsstellen vom 25. April 1920 zwar nicht ganz aufgehoben, aber doch auf Orte beschränkt wird, die nach dem Ergebnisse der Volkszählung vom 8. Oktober 1919 mehr als 100 000 Einwohner haben. Die Landescentralbehörde oder die von ihr bezeichnete Stelle kann diese Ermächtigung den Demobilisierungsanschlüssen auch für solche Orte erteilen, die mit einem diesen Voraussetzungen genügenden Orte ein gemeinsames Wirtschaftsgebiet bilden.

Diese Verordnung trat am 15. März 1921 in Kraft. Da aber nach wie vor die Durchführung der Verordnung einzig und allein von den Demobilisierungsanschlüssen abhängt und diese doch laut Verordnung vom 18. Februar 1921 bis zum 31. März 1921 aufgelöst werden sollen, kann rechtlich die neue Verordnung nur Geltung haben vom 15. bis 31. März 1921. Wenn das nicht beabsichtigt ist, dann ist es geradezu unverständlich, warum nicht ausgeschrieben wird, daß in den genannten Orten die Demobilisierungsanschlüsse über den 31. März 1921 hinaus bestehen bleiben können oder aber von vornherein ihre Befugnisse in Bezug auf Freimachung von Arbeitsstellen anderen Ausschüssen übertragen wird. So erweckt es den Anschein, als ob man die Verordnung über Freimachung von Arbeitsstellen zwar aufheben, aber doch den Schein wahren will, als ob sie noch bestünde, wenigstens für die bezeichneten Gebiete.

## Arbeitslohn an Schöffen und Geschworene.

Das Landgericht Plauen hat vor einiger Zeit eine bemerkenswerte Entscheidung gefällt. Es sprach einem Schöffen, der an vier aufeinanderfolgenden und einem einzelnen Tage als Geschworener tätig gewesen war, auf Grund des § 616 des BGB. den Lohn für die verläumtete Arbeitszeit zu. Dieser Paragraph besagt bekanntlich, daß der zur Dienstleistung Verpflichtete des Anspruchs auf die Vergütung nicht dadurch verlustig wird, daß er für eine verhältnismäßig nicht erhebliche Zeit durch einen in seiner Person liegenden Grund ohne sein Verschulden an der Dienstleistung verhindert wird. Diese Bestimmung ist von den Gerichten ganz verschieden ausgelegt worden. Auch in diesem Falle hatte die Vorinstanz, das Amtsgericht, die Forderung des Schöffen abgewiesen, weil die verläumtete Zeit von fünf Tagen als erheblich zu betrachten sei.

# Wirtschaft

## Das teure Porzellan.

Eines der beliebtesten Argumente des profitgierigen Unternehmertums, mit dem man die warenhungrige Masse der inländischen Konsumenten blind machen zu können glaubt, ist die Behauptung, daß durch eine mit allen Mitteln geförderte Exporttätigkeit die Inlandspreise gesenkt würden. Das Ausland, das deutsche Waren kauft, bezahlt mit seinen Weltmarktpreisen die billigen Inlandspreise — so wird jedem, der es hört, vorerzählt. Wie unrichtig diese Argumentation ist, braucht nicht erst aus dem Geschrei der Unternehmer nach Annäherung der Inlandspreise an die Weltmarktpreise geschlossen zu werden. Man braucht nur eine beliebige Exportindustrie zu nehmen und zu untersuchen: wie stellen sich die Inlandspreise zu den Exportpreisen? Durchweg, mag es sich um Textilien, um Schuhe, um Eisenwaren, um Papier, um Porzellan oder sonstwas handeln, kommt man zu dem gleichen Ergebnis, das sich kurzer Hand in die folgende Formel fassen läßt: Je höher der Export, je höher der Verdienst auf dem Auslandsmarkt — desto höher die Preise auf dem Inlandsmarkt. Also gerade das Gegenteil von dem, was das Unternehmertum immer und immer wieder dem geduldeten deutschen Verbraucher weis machen möchte! Ein Beispiel von besonders überzeugender Kraft ist die Porzellanindustrie, also eine Industrie, die die wesentlichsten Teile ihres Rohstoffbedarfes — alles, mit Ausnahme von Kaolin — auf deutschem Boden findet, ihre Rohmaterialien nicht mit den teuren Auslandspreisen bezahlen muß, dabei aber doch, dank unserer niedrigen Wälu, beim Export riesige Gewinne einheimen kann. Bei so besonders günstig gelagerten Umständen sollte man voraussehen können, daß die Preise für deutsches Gebrauchsporzellan auf dem Inlandsmarkt nicht höher wären als Friedenspreis plus Lohnsteigerung und gesteigerten Materialpreisen. Nach dem Urteil objektiver Beobachter müßte der Porzellanpreis etwa das Fünffache des Friedenspreises betragen, um dem Unternehmer den Profit zu gewährleisten, den er vor dem Kriege gehabt. Was erleben wir aber? Die Inlandspreise für Gebrauchsporzellan betragen nicht das Fünffache, sondern das Fünfzehnfache bis Zwanzigfache des Friedenspreises. Sie sind damit den Weltmarktpreisen angenähert, wenn nicht gar angeglichen, und es kann absolut keine Rede davon sein, daß der Export die Inlandspreise trübt.

Die Folge davon sind die gemästigten Geschäftsgewinne der Porzellanfabriken. So weist die Porzellanfabrik Kahla, eine der wichtigsten auf diesem Gebiete, für das Jahr 1920 einen Warengewinn von 41,1 Millionen Mark aus gegenüber von 10,9 Millionen im Jahre 1919. Es wurde also das Vierfache verdient. Nach Abzug von allen Abschreibungen, Steuern u. dgl. verbleibt dieser Gesellschaft ein Reinüberschuß von 11,5 Millionen, aus dem die Aktionäre eine Dividende von 35 Prozent — im Vorjahre nur 25 Prozent — erhalten. Darf es angesichts solcher Riesengeschäftsgewinne Wunder nehmen, wenn es dem deutschen Verbraucher mehr und mehr unmöglich wird, auch nur den bescheidensten Bedarf zu decken? Wenn aber der Export zurückgeht, die Kaufkraft des deutschen Publikums für die enormen Preise nicht ausreicht und infolgedessen die Vorratslager in den Fabriken anwachsen, so sollte man glauben, daß dann die Preise auf ein erträgliches Maß gebracht werden. Mit nichten! Für diesen Fall haben die Unternehmer ein probates Mittel: sie drohen sofort mit Betriebseinschränkungen und Stilllegungen, so daß also letzten Endes der Arbeiter die Zeche zu bezahlen hat. Allerdings gibt es auch geschickte Handhabungen, um solche Stilllegungen zu verhindern. Aber von einer Regierung, die gerade das Wirtschaftsministerium durch einen Vertreter der Partei der Sozialindustriellen verwaltet läßt, kann man ein derartiges Einereiß nicht erwarten! Immer deutlicher wird es, und jeder neue Geschäftsabschluß eines unserer führenden industriellen Werke beweist es aufs neue, daß Volk und Land durch die von keiner Schranke gehemmte, von keiner Rücksicht auf die Allgemeinheit geleitete Gewinnlust des Unternehmertums immer tiefer ins Elend hinabgedrückt wird, und daß es die allerhöchste Zeit ist, mit aller Entschiedenheit andere Wirtschaftswegen einzuschlagen, wenn überhaupt noch etwas gerettet werden soll!

# Aus aller Welt.

**Kraubüberfall.** Die „Halleische Zeitung“ meldet aus Leopoldsdorf: Zwei Rassenbeamte der staatlichen Salzwerkverwaltung in Leopoldsdorf fuhrten am Mittwoch gegen Mittag nach Thierstedt, um dort die Auslohnung vorzunehmen. In der Nähe des Hopfenwertes vor Thierstedt sprangen plötzlich fünf Räuber, die sich im Strahengraben versteckt hatten, dem Gefährt entgegen, durchschnitten die Zügel und verlangten mit vorgehaltenem Revolver die Herausgabe der Bächer und des Geldes. Angesichts der Uebermacht gaben die Beamten dem Verlangen nach. Es handelt sich um Gelder in Höhe von 70 000 M.

**Für die Einheitschule.** Nach einem Referate des Lehrers Riehm beschloß eine Elternversammlung der 81. Gemeindeschule, Lützer Straße 4/5, folgende Resolution: Auf Grund des Artikels 146 der Reichsverfassung fordern wir von dem neuen Stadtschulrat Paulsen die energische Durchführung des Einheitschulgedankens im Schulwesen der Gemeinde Groß-Berlin. Wir hoffen von ihm eine vollständige Neuordnung und sprechen ihm das Vertrauen aus. Dem Gedanken der Gemeinschaftsschulen stehen wir grundsätzlich sympathisch gegenüber.

Verantw. für den Inhalt: Zell: Dr. Werner Keller, Charlottenburg; für Anzeigen: Dr. Gieseler, Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Verlagsdruckerei u. Verlagsanstalt Carl Ziemer u. Co., Berlin, Unterstr. 2.

**Erich Fuhrmann**  
Spezialgeschäft für Trauringe  
Gotzkowskystr. 13  
empfiehlt sich allen Brautleuten  
Preisliste kostenlos

Ich liefere in Qualität und Preis einzig dastehend feingelagert

**Trauringe**  
Duk. Trauring 900 M. an gest. 150 M.  
Trauring 585 gest. 95 M.  
Trauring 333 „ 50 M. an

Garantieschein für gesetzl. Goldgehalt. Man vergleiche Gewicht und Preis mit den Preisen der Konkurrenz.

Ankauf von Gold-, Silber-, Platinbruch  
Infolge Selbstverwertung zu denkbar günstigen Preisen

**Herren-**  
Kunz, Valetot, Wäster-Stoffe, engl. „Domesday“, eleg. „Reubien“  
Str. 90., 100., 150., 200 M.  
Für langjährige Verbindungen mit alljährlichen Jubiläumsgütern für preiswerte gute Qualitäten.  
Gegr. 1866. **Tuch-Lager** Gegr. 1868.  
**Koch & Seeland** G. m. b. H.

Lehrerwörter, Lehrbücher, Karten liefert billig. Großes Lager. Wagner, Expedienter Straße 71. 1218\*

Heinrich Schütz:  
**Sozialdemokratie und Schule**  
Mk. 3,50

Dr. Otto Baumgart:  
**Der Volkstheater im Volksstaat**  
Mk. 1,20

Dr. Richard L. Schmidt:  
**Die Arbeit im Elternbeirat**  
Mk. 1,50

Heinrich Böhme:  
**Die weltliche Schule**  
Mk. 1,50

Dr. Max Speil:  
**Die Volksschule als Einheitschule**  
Mk. 1,25

20% Zuschlag  
**Buch Vorwärts**  
Lindenstr. 2

**Grossen Erfolg**  
erziel. Anzeig. Vorwärts. Wer daher etwas Jeder Art im Vorwärts kaufen od. verkaufen, wer Grundstücke, Läden oder Geschäftsräume pachten oder verpachten, mieten od. vermieten will inseriere im Vorwärts Jeder Versuch lohnt!

**Zähne von 5 M.** Erstkl. Ausführung. 3 Jahre Garantie. Umarbeitung alter Gebisse, Reparaturen sofort. Goldkronen, Brücken, Zahnziehen mit Betäubung, höchst schmerzlos. Teilzahl. 9-7, Sonntag 9-1. Hempel, Dentist, Lindenstraße 220, nahe Schön. Tor. 1\*

**Billiches Oster-Angebot!**  
Toll-Käse-Garnituren, 2fl., 18ck., Gr. 75x175, 190., 68,26  
Kardunen, doppeltbreit, 100x100, Meter 10,77  
Erstkl. Stoves, mit Bänderarbeit und Volant, 48x1  
Leinen-Tischdecken, reich bekarbeit, 48x1  
Stams-Gardinen- u. Teppichböden, Frankf. Alter, 24x24, 10,40

**Klavier** fault sofort! Auswärts 5120

Gegründet 1864

**Pelz-**  
waren zu gros  
Einzelverkauf  
Alaskafische, Kreuzfische, Pelzkragen von 100 M. an, Pelzmäntel, Herren-Sportpelze

**S. Schlesinger**  
Neue Königstr. 21  
(Ordemann-Haus)  
kein Laden, in Stock  
Bitte genau auf Firma und Hausnummer 21 zu achten!

**Die Brotwinzel**  
Paulchen's gastliche Lieder

**Von ARTUR ZICKLER**  
Eine Auswahl seiner besten Spitzgesänge  
Preis 4.80 Mk.  
Buchhandl. Vorwärts, SW 68, Lindenstr. 2